



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 33

13.11.2015

INHALT

ZUR LAGE	2
ZUR WOCHE	4
SPD-FRAKTION UNTERSTÜTZT INITIATIVE ZUR VERBESSERUNG DES FLUGLÄRMSCHUTZES	4
MITTELSTAND IST TRAGENDE SÄULE DER WIRTSCHAFT	4
UNTERNEHMEN KLIMASCHUTZ	5
ENERGIEWENDE IST EINE GROßE CHANCE	6
LANDTAG BESCHLIEßT TRANSPARENZGESETZ	6
TIEFE TRAUER UM HELMUT SCHMIDT	7
POSITIONEN	8



ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

diese Woche haben wir im Landtag intensiv über die Flüchtlingspolitik der rot-grünen Landesregierung unter unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer diskutiert und die intensiven Beratungen über die Umsetzung der getroffenen Eckpunkten mit den Kommunalen Spitzenverbänden über die Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung begonnen.

Unsere Finanzministerin Doris Ahnen hat hier erfolgreich im Sinne der Zukunftsfähigkeit unseres Landes und unserer Kommunen verhandelt. Wir werden nun rasch das neue Landesaufnahmegesetz beschließen und damit unseren Kommunen schnell die notwendigen finanziellen Leistungen zur Verfügung zu stellen.

Die Diskussion im Landtag in dieser Woche machte deutlich, dass die CDU-Fraktion keine konstruktive Rolle einnehmen kann und will. Ich habe in der Debatte deutlich gemacht, dass wir derzeit leider ein Chaos in der Union erleben, gefördert durch den Bundesinnenminister und Julia Klöckner. Das muss ein Ende haben. Angela Merkel muss ihrer Richtlinienkompetenz gerecht werden und ihren Bundesinnenminister entlassen. Es kann nicht sein, dass jeden Tag ein neuer Vorschlag kommt, der weder zur Begrenzung des Zustroms beiträgt, noch umsetzbar ist.

Auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mainz haben diese Woche anerkannte Wissenschaftler und Journalisten über den erstarkenden Populismus im Zeichen der Flüchtlingskrise diskutiert. Ich konnte dort fünf Thesen vorstellen, die ihr in diesem Newsletter dokumentiert findet.

Es gilt: Alle demokratischen Kräfte in unserem Land müssen dem aufkommenden Populismus konsequent entgegenstehen. Bei allen Auseinandersetzungen über Ziele und die richtigen Maßnahmen muss der demokratische Grundkonsens verteidigt werden.

Wichtig, damit wir nun die Herausforderungen gemeinsam bewältigen ist, dass wir die Menschen in unserem Land nicht gegeneinander ausspielen. Die SPD-Fraktion wird alles dafür unternehmen, den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken. Dabei ist klar für uns: Niemand soll fürchten müssen, dass durch die Aufnahme von Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz sein Lebensstandard im Einzelnen beeinträchtigt wird.

Den Menschen, die zu uns kommen, muss die Möglichkeit eröffnet werden, sich möglichst schnell in unser Gemeinwesen zu integrieren. Wichtig dabei: Sprachförderung, Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt – unsere Schwerpunkte in den laufenden Haushaltsberatungen.

Dass Integration die Aufgabe der nächsten Jahrzehnte ist, hat ***unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer*** auf einer Integrationskonferenz des Landes deutlich gemacht. Sie hat recht, wenn sie feststellt, dass wir neben dem Sprint, geeignete Unterbringungsmöglichkeiten zu finden, nun den Marathon der Integration

in den Blick nehmen müssen. Ein Großteil dieser Menschen wird auf Dauer in Rheinland-Pfalz bleiben, da ihnen die Rückkehr in ihre Heimat voraussichtlich auf lange Zeit verwehrt ist.

Zu dieser Konferenz hat *unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer* die Mitglieder des „Pakts für Rheinland-Pfalz“, die Mitglieder des „Ovalen Tisches“, die Landrätin und die Landräte, die Oberbürgermeisterin und die Oberbürgermeister mit ihren Sozialdezernentinnen und -dezernenten, der Landessportbund und die drei Sportbünde, die Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände sowie muslimische Verbände eingeladen. Mit diesem breiten Bündnis wurden das weitreichende und vorbildliche Integrationskonzept der Landesregierung besprochen und das weitere Vorgehen vereinbart.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Alexander Schweitzer".

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

SPD-Fraktion unterstützt Initiative zur Verbesserung des Fluglärmschutzes

Anlässlich der vorgestellten Bundesratsinitiative zur Reform des Luftverkehrsgesetzes erklärt unsere **stellvertretende Fraktionsvorsitzende Astrid Schmitt**: „Die Initiative der Länder Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg kann sich zu einem großen Erfolg für die Menschen in Rheinland-Pfalz auswachsen. Das Ziel ist es, beim Luftverkehr dem Lärmschutz deutlich mehr Gewicht beizumessen. Die aktuelle Situation ist ein Anachronismus: Es kann nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürger zwar täglich mit den Lärm-Emissionen belastet werden, dass sie aber kaum demokratische Möglichkeiten haben, etwa auf die Festlegung der Flugrouten Einfluss zu nehmen.“

Unser Mainzer Abgeordnete **Johannes Klomann** ergänzt: „Die drei Bundesländer fordern, dass dem Lärmschutz eine gewichtige Rolle bei der Planung von Routen und bei der Festlegung von Flugverfahren beigemessen wird. Schlicht gesagt, hat die Initiative das Ziel: Luftfahrtbehörden und Flugsicherungsorganisationen sollen den Lärmschutz grundsätzlich und stärker beachten. Außerdem muss bei der Flugroutenfestlegung und bei größeren Veränderungen bestehender Routen endlich die Öffentlichkeit angemessen beteiligt werden. Besonders begrüßenswert ist, dass auch das Bundesland Hessen, in dem ja der Flughafen Frankfurt angesiedelt ist, sich jetzt endlich der Initiative anschließt. Dort hat offensichtlich ein Umdenken eingesetzt.“

Mittelstand ist tragende Säule der Wirtschaft

Anlässlich der Aussprache der Großen Anfrage der SPD-Landtagsfraktion „Die Mittelständische Wirtschaft in Rheinland-Pfalz“ im Landtag erklärt unser wirtschaftspolitischer Sprecher **Jens Guth**: „Rheinland-Pfalz ist ein Land des modernen Mittelstands. Rund 99,7 Prozent aller Unternehmen in Rheinland-Pfalz sind dem Mittelstand zuzurechnen. Ein Großteil der mittelständischen Unternehmen im Land ist inhabergeführt, überwiegend als Familienunternehmen. Sie zeichnen sich durch eine langfristige orientierte Geschäftspolitik aus. Ein weiteres bedeutendes Merkmal ist die weitgehende Konzernunabhängigkeit. Der Mittelstand setzt auf solide Finanzierungsmodelle - vorwiegend auf Eigenkapital und Bankkredite. Die hohe Eigenkapitalquote und eine behutsame Expansionsstrategie ermöglichen mittel- und langfristige Investitionen auch in Krisenzeiten.“

2014 stellte der Mittelstand rund 70,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz. Der Mittelstand sorgt so in Rheinland-Pfalz für Arbeits- und Ausbildungsplätze, wirtschaftliche Stabilität und eine vielfältige Branchenstruktur. Während sich Großbetriebe vorrangig in Ballungsräumen ansiedeln, in denen auch potenzielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leichter zu finden sind, tragen die mittelständischen Betriebe gerade in bevölkerungsärmeren ländlichen Regionen

dazu bei, die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Stadt und Land zu sichern. Es ist vor allem der Verdienst der vielen Mittelständler im Land, dass Rheinland-Pfalz seit Langem die drittniedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland aufweist und eine der höchsten Gründerquote unter den Flächenländern hat.

Die SPD-Fraktion setzt darauf, im Sinne der mittelständischen Unternehmen Lösungen zu Fragen der Fachkräftesicherung, der Weiterentwicklung der Innovations- und Technologiepolitik, der Digitalisierung sowie Möglichkeiten der internationalen Markterschließung zu entwickeln und umzusetzen. Wichtig ist, die Unternehmen auch bei einer nachhaltigen und effizienten Energieversorgung zu unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die bürokratischen und strukturellen Hemmnisse für die mittelständischen Unternehmen im Land weiter abbauen und sicherstellen, dass bei öffentlichen Vergabeverfahren gerade den Gegebenheiten und Erfordernissen kleiner und mittlerer Unternehmen Rechnung getragen wird.

Unternehmen Klimaschutz

Anlässlich der Regierungserklärung „Unternehmen Klimaschutz – Politik zukunftsfähig gestalten“ von **unserer grünen Wirtschaftsministerin Eveline Lemke** erklärt unser energiepolitischer Sprecher **Marcel Hürter**: „Der Klimawandel ist kein abstraktes Phänomen – darin ist sich die Wissenschaft einig. Extreme Wetterereignisse haben zugenommen. Der Klimawandel wird auch vor Rheinland-Pfalz nicht Halt machen. Die rot-grüne Koalition stellt sich der großen Aufgabe, das Klima zu schützen. Dabei sollen die vorhandenen Potenziale für die Wirtschaft und für neue Arbeits- und Ausbildungsplätze genutzt werden. Denn ein Klimaschutz, der auf Kosteneffizienz, Bezahlbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit setzt, hat für unsere Volkswirtschaft erhebliche Vorteile. Er reduziert die Importabhängigkeit von fossilen Energieträgern und erhöht damit die Energieversorgungssicherheit. Ein solcher Klimaschutz unterstützt die Entwicklung neuer Technologien und schafft eine Wertschöpfung, die überwiegend im Land bleibt.“

Für die SPD-Fraktion ist wichtig, dass Rheinland-Pfalz beim Klimaschutz beispielgebend vorgeht, unter anderem mit dem Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung. Mit dem Landesgesetz zur Förderung des Klimaschutzes (LKSG) ist ein wichtiges Vorhaben umgesetzt und die Basis für eine Energiestrategie der Zukunft gelegt worden. Ein wichtiger Baustein des Klimaschutzgesetzes war dabei die Erstellung eines Landesklimaschutzkonzepts. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Verbänden und Organisationen hat die Landesregierung Ideen und Maßnahmen zum Klimaschutz entwickelt und über das Machbare diskutiert. Nur so ist das Ziel zu erreichen, dass alltäglicher Klimaschutz Akzeptanz findet und gelebt wird. Dabei hat die Koalition die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, aber auch die der Wirtschaft im Blick.

Energiewende ist eine große Chance

Anlässlich der Besprechung des Abschlussberichts des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ im Landtag erklärt unser energiepolitischer Sprecher **Marcel Hürter**: *„Die Energiewende ist eine große Chance für Rheinland-Pfalz. Mit dem Unterausschuss ‚Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz‘ hat die rot-grüne Koalition die Diskussion mit Experten zu zentralen Fragestellungen rund um die Energiewende ermöglicht. Dadurch wurden wichtige Hinweise auf mögliche Handlungsfelder gegeben. Der Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und betroffenen Verbänden und Institutionen zu bedeutsamen Themenfeldern der Energiewende diente der gemeinsamen Problemlösungsfindung und damit der Unterstützung der politischen Vertreterinnen und Vertreter bei der Gestaltung der klima- und energiepolitischen Rahmenbedingungen. Deutlich wurde, dass wir noch nicht am Schluss der Diskussion angekommen sind: Um die Energiewende auch weiter erfolgreich gestalten zu können, wird es auch künftig großer Anstrengungen bedürfen.“*

Landtag beschließt Transparenzgesetz

Diese Woche hat der Landtag Rheinland-Pfalz als erstes deutsches Flächenland ein Transparenzgesetz verabschiedet. Anlässlich der Verabschiedung erklärt unser zuständiger Abgeordneter **Martin Haller**, zuständiger Abgeordneter der SPD-Landtagsfraktion: *„Mit dem Gesetz setzt die rot-grüne Koalition ein Versprechen um, dass unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer nach ihrer Amtseinführung im Jahr 2013 gemacht hat. Das Gesetz ist jener große Wurf, der angekündigt war. Auch bei dem Verfahren zur Erarbeitung des Gesetzes ist Rheinland-Pfalz neue Wege gegangen. Es wurde eine so umfassende öffentliche Beteiligung durchgeführt, wie es sie in Rheinland-Pfalz bisher noch nie gab.“*

Für Haller, der als Obmann der SPD-Fraktion auch der Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“ angehörte, stellt das Gesetz eine historische Zäsur dar: *„Es werden künftig Informationen in einem nie dagewesenen Umfang veröffentlicht. Zudem wird ein Kulturwandel in der Verwaltung eingeleitet, die bisherigen Verhältnisse umgedreht: Bisher war es so, dass Bürgerinnen und Bürger quasi als Bitsteller Informationen beantragen mussten. Künftig werden die Informationen pro-aktiv veröffentlicht, sie sind online abrufbar. Damit wird eine neue Grundlage für den zivilgesellschaftlichen Diskurs geschaffen. Informationen sind die Basis für eine funktionierende Demokratie, ein übertriebenes Festhalten an Herrschaftswissen muss der Vergangenheit angehören.“*

Die Landtagsfraktionen haben sich in den vergangenen Monaten intensiv mit dem Entwurf auseinandergesetzt. Die Anhörung im Innenausschuss hat Anregungen geliefert, die in einen Änderungsantrag eingeflossen sind. So wird unter anderem dafür gesorgt, dass die Geschäftsgeheimnisse privater Firmen besser geschützt werden. Zudem wird der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit bei dem Vollzug des Gesetzes stärker eingebunden.



Tiefe Trauer um Helmut Schmidt

Die SPD-Landtagsfraktion hat mit tiefer Trauer die Nachricht vom Tod von *unserem Altkanzler Helmut Schmidt* aufgenommen. In Fraktionssitzung hat die Fraktion eine Schweigeminute abgehalten. *Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer* erklärt: „*Helmut Schmidt* war ein Staatslenker von Weltrang, der Deutschland auch in schwierigen Zeiten beispielhaft regierte. Ihn zeichnete aus, in Krisenmomenten einen kühlen Kopf zu behalten und den Überblick zu bewahren. Nach seinem Wirken als aktiver Politiker fand er als Publizist und Vordenker über alle Parteigrenzen hinweg sehr große Anerkennung. *Helmut Schmidt* ist völlig zu Recht als Macher bezeichnet worden - als Hamburger Innensenator, als Mitglied der Bundesregierung und als Bundeskanzler. Allerdings ist es ihm auch - wie nur wenigen anderen in Deutschland - gelungen, politische Entwicklungen zu deuten und in ihren historischen Kontext einzuordnen. *Helmut Schmidt* wird fehlen.“

POSITIONEN

DER RECHTSPOPULISTISCHEN RADIKALISIERUNG ENTGEGENTRETEN!

Fünf Thesen von Alexander Schweitzer vom 9. November 2015

Besonders auffällig an der derzeitigen Lage des Rechtspopulismus in Deutschland ist, dass sich sowohl die Pegida-Bewegung als auch die AfD in kurzer Zeit radikalisieren. Sie bezeichnen Flüchtlinge als Gefahr für die Existenz des deutschen Volkes und instrumentalisieren die vorhandenen Schwierigkeiten, mit dieser großen Herausforderung umzugehen.

Der organisierte Rechtspopulismus macht das rechte, demokratiefeindliche Potential unserer Gesellschaft hoffähig. Demokratische Kräfte dürfen dies nicht hinnehmen oder übersehen.

Im Schatten etablieren sich zudem rechtsextreme und neonazistische Gewalttäter und erstarken bestehende Strukturen (NPD, die Bewegung „Dritter Weg“, die Rechte, Hooligans und Mischszenen). Die steigende Zahl der Angriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte sind mehr als ein Warnzeichen.

Auch in Rheinland-Pfalz wurden schon Gewaltakte verübt. Und die Zahl der Anschläge in Deutschland nimmt weiter stark zu. In Rheinland-Pfalz ist zudem zu beobachten, dass sich einige ehemalige NPD-Kader und auch die besonders radikalisierten sogenannten „Freien Kameradschaften“ schon heute in einem neuen Becken sammeln. Bewegungen wie, der Dritte Weg, tolerieren oder provozieren Übergriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte. Diese bisher noch als Splittergruppierung wahrgenommene Partei „Der Dritte Weg“ tritt überall dort massiv hetzend auf, wo Asylunterkünfte entstehen.

Alle demokratischen Kräfte sind gefordert, dem Rechtspopulismus im Zeichen der Flüchtlingskrise die Stirn zu bieten. Dabei bedarf es mindestens fünf gemeinsamer Anstrengungen:

1. In dieser Situation einer Ausweitung von Rechtspopulismus und Gewalt ist es wichtig, dass die Politik auf Bundes- und Landesebene sowie auf kommunaler Ebene handlungsfähig ist und vor Ort gutes Krisenmanagement leistet. Dort, wo dies - wie an vielen Orten in unserem Land - geschieht, erscheint die Flüchtlingskrise als eine Herausforderung, die gemeinsam zu bewältigen ist und mindert die Verunsicherung. Regierung und Zivilgesellschaft in Rheinland-Pfalz handeln mutig und solidarisch angesichts der Massenflucht. Wir brauchen eine verstärkte Dokumentation dieser vielen positiven Beispiele in der Öffentlichkeit. Politik muss dafür sorgen, dass dieses Engagement erhalten bleibt und die Menschen nicht überfordert werden. Für sozialdemokratische Politik gilt besonders: Denen, die verunsichert sind, geben wir die



Zusicherung, dass ihr sozialer Status sicher ist und wir dies in Rheinland-Pfalz auch für die Zukunft garantieren.

2. Alle demokratischen Kräfte sollten Verunsicherungen und Ängste ansprechen und ernsthaft nach politischen Lösungen suchen. Falsch ist dagegen, die Verunsicherungen und Ängste weiter aufzuladen und so zu Ressentiments und Rassismus zu steigern. Es darf keinen Opportunismus gegenüber den Rechtspopulisten geben.
3. Politiker vor Ort sollten in die Konfrontation mit jenen Menschen gehen, die Mob-Instinkte ansprechen, dafür mobilisieren, Ressentiments schüren und indirekt oder direkt zu Gewaltanwendung auffordern. Sie sollten vor der Zerstörung des Zusammenhalts warnen. Wir brauchen die Solidarität für die Flüchtlinge und die Solidarität der Demokraten in unserem Land. Dabei ist klar, dass dazu entschlossenes und weitsichtiges Regieren mindestens so wichtig ist wie der Appell an die Zivilgesellschaft.

Daraus folgt für uns:

4. Die Sicherheitsbehörden sind aufgefordert, alles zu tun, um Hetze zu unterbrechen (bzw. als Verfassungsschutz zu beobachten) und Gewalt zu unterbinden (Polizei) und für deren Ahndung zu sorgen (Polizei und Justiz). Angesichts der Radikalisierung unter Flüchtlingsgegnern bedarf es nun eines härteren Vorgehens der Behörden. So muss der Verfassungsschutz eine Bewegung wie Pegida beobachten. Aktuelle Entwicklungen machen zudem deutlich: Wenn wir es schaffen, die NPD zu verbieten, müssen wir uns schon heute um deren mögliche Parallelstrukturen kümmern. Die aktuelle Berichterstattung über den ‚Dritten Weg‘ zeigt, dass hier besondere Wachsamkeit der demokratischen Kräfte notwendig ist.

Zudem gilt:

5. Wir müssen den eingeschlagenen Weg weitergehen und die erfolgreichen ressortübergreifenden Präventionsangebote fortführen. Weiterhin ist die politische Bildung in den Schulen eine wichtige Demokratie-Ressource. Befähigung der Kinder und Jugendliche zu Selbstbestimmung, verantwortlichem Handeln und sozialem Engagement ist die beste Immunisierung gegen Verfassungsfeinde. Aus guten Gründen verfolgt die SPD-Fraktion mit der von ihr getragenen rot-grünen Landesregierung diesen Ansatz, denn der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine Aufgabe für die gesamte Zivilgesellschaft. Und diese Aufgabe stellt sich jetzt. Daher sorgen wir in den laufenden Haushaltsberatungen dafür, dass die Maßnahmen für Prävention gestärkt werden. Die Vielfalt der bewährten Präventionsstrategien muss erhalten bleiben.